

SPD der Außenpolitik der Nazi-Regierung zu. Im Juni 1933 wurde die SPD verboten. Viele ihrer Mitglieder wurden verfolgt, eingekerkert und ermordet. Unter dem Druck der kampfbereiten Mitglieder und des faschistischen Terrors veröffentlichte der sozialdemokratische Emigrationsvorstand am 28.1.1934 die programmatische Erklärung „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (Prager Manifest), in der einige wichtige Lehren aus der Novemberrevolution, aus der sozialdemokratischen Politik in der Weimarer Republik und der Spaltung der Arbeiterklasse gezogen wurden. Die Grundgedanken entsprachen dem Willen vieler sozialdemokratischer Arbeiter zu einer selbständigen, antifaschistischen Arbeiterpolitik. Die maßgebenden Führer der Sozialdemokratie rückten jedoch schon wenig später offen von den Grundgedanken dieses Manifestes ab und lehnten auch in der Folgezeit alle Einheitsfrontangebote der KPD ab. Entgegen dem Willen der führenden Kräfte im Emigrationsvorstand schlossen Ortsgruppen und sogar Bezirksorganisationen Einheitsfrontabkommen mit Organisationen der KPD ab. Einige ehemalige führende sozialdemokratische Funktionäre, wie R. Breitscheid, S. Aufhäuser, T. Sender u. a., unterzeichneten gemeinsam mit führenden Mitgliedern der KPD *Volksfrontaurtute* (-> *Volksfront*). Die verschiedenen Gruppen führender Sozialdemokraten zerfielen während des ~~des~~ *zweiten Weltkriegs* immer mehr. Anf. Nov. 1940 beschloßen Mitglieder des Parteivorstandes in Lissabon, den Vorstand aufzulösen. Damit hatte die deutsche Sozialdemokratie nun auch im Ausland offi-

ziell keine Führung mehr. Viele Sozialdemokraten nahmen in von Kommunisten geleiteten Widerstandsorganisationen aktiv am antifaschistischen Kampf teil. Auch in den faschistischen Zuchthäusern und -> *Konzentrationslagern* wirkten Sozialdemokraten und Kommunisten für die Einheitsfront. Die gemeinsamen Kämpfe waren die Grundlage für die Herstellung der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nach der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus. Die Aktionseinheit führte im Apr. 1946 in der sowjetischen Besatzungszone zur Einheit der Arbeiterklasse durch die Vereinigung von KPD und SPD zur -> *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*. Großen Anteil an der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse hatten sozialdemokratische Funktionäre wie O. Buchwitz, F. Ebert, M. Fechner, O. Grotewohl. In den westlichen Besatzungszonen gelang es der einheitsfeindlichen Gruppe um K. Schumacher mit Hilfe der deutschen und ausländischen Monopolisten, die Anfänge der Aktionseinheit zu zerschlagen und die Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern.

Sozialdemokratische Partei in Westdeutschland; größte politische Partei in der westdeutschen Bundesrepublik (1966 rd. 740 000 Mitglieder, davon rd. 52 o/o Arbeiter, 16 % Angestellte). Sie entstand nach der Spaltung der -v *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* durch K. Schumacher u. a. rechte sozialdemokratische Führer mit dem Parteitag der Sozialdemokratie in den Westzonen (Hannover, 9.-11. 5. 1946). Sie setzte die opportunistischen Traditionen der SPD fort. Die politische Konzeption der rechten sozialdemokratischen